

Niederschrift

HAUPT/IX/027

Hauptausschuss der Stadt Korschbroich

Donnerstag, 14.05.2020, 18:00 Uhr

Aula des Gymnasiums, Don-Bosco-Str. 4-6, 41352 Korschbroich

Tagesordnung

I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Videostreaming von Rats- und Ausschusssitzungen
Vorlage: IX/1329
4. Antrag der Ratsfraktion "Die Aktive" vom 23.04.2020 betreffend Entlastung der Gastronomie in Korschbroich
5. Antrag der Ratsfraktion "Die Aktive" vom 10.03.2020 betreffend Förderprogramm Feuerwehrgerätehäuser
6. Lagebericht zum Haushalt 2020
7. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW vom 30.03.2020
Vorlage: IX/1325
8. Verzicht auf Elternbeiträge für die Ganztagsbetreuung an Schulen für den Monat Mai 2020 aufgrund der Coronakrise
Vorlage: IX/1327
9. Vorlage der Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: IX/1318
10. Vorlage des Controllingberichtes der Stadt Korschbroich zum 30.09.2019 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen
Vorlage: IX/1321

11. Vorlage des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 nebst Anhang und Lagebericht gemäß § 95 GO NRW
Vorlage: IX/1324
12. Finanzierung der Mehrkosten im Bundesprogramm.
Hier: Kleinspielfelder und Sanierung Außenanlage Hallenbad
Vorlage: IX/1328
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Ausschussmitgliedern

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Versetzung eines Beamten in den Ruhestand
Vorlage: IX/1326
2. Neuwahl der Schiedsperson Frau Ulrike Boesch für den Schiedsbezirk 1 - Korschenbroich und Pesch –
Neuwahl der stellv. Schiedsperson Esther Kniebaum-Nick – zuständig für alle Schiedsbezirke im Stadtgebiet Korschenbroich-
Vorlage: IX/1322
3. Stundungen, Niederschlagung, Erlass von Geldforderungen
4. Mitteilungen
5. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Niederschrift

Der Ausschussvorsitzende Marc Venten eröffnet die 27. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschlussfähig ist.

Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird die Stadtinspektorin Carolin Kreuels einstimmig bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

3. Videostreaming von Rats- und Ausschusssitzungen

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Sitzungsvorlage.

Beschluss-Nr. IX/1329

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschließt gemäß § 60 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW anstelle des Rates, zunächst bis zum 30.06.2020 befristet, alle Rats- und Ausschusssitzungen zu filmen und per Livestream im Internet und anschließend für einen Zeitraum von einer Woche auf den Internetseiten der Stadt Korschenbroich zu veröffentlichen.

Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

4. Antrag der Ratsfraktion "Die Aktive" vom 23.04.2020 betreffend Entlastung der Gastronomie in Korschenbroich

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) erläutert, dass es eine Regelung gebe, wonach für städtische Flächen, die für Außengastronomie genutzt werden, eine Sondernutzungsgebühr i.H.v. zwei Euro pro Monat und Quadratmeter vom Nutzer erhoben werde. Die Gastronomie erleide durch die Corona-Pandemie eine schwere Zeit. Die Belastung werde sich auch in den nächsten Monaten fortsetzen. Es handele sich um einen überschaubaren Betrag,

5. Antrag der Ratsfraktion "Die Aktive" vom 10.03.2020 betreffend Förderprogramm Feuerwehrrätehäuser

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) erläutert, dass im Bereich Feuerwehr immer Bedarf bestehe, da viel um- und neugebaut werde. Die Förderung könnte bspw. für Herrenshoff und Pesch verwendet werden, die Entscheidung solle aber der Feuerwehr überlassen werden.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers findet, dass es sich um einen guten Antrag handle. Er habe bereits von dem Förderprogramm gelesen. Um einen Antrag stellen zu können, müsse Baurecht vorliegen, d.h. die Planung müsse fertig sein und nur das Geld fehle. So weit sei man jedoch noch nicht. Er habe bereits Kontakt mit dem zuständigen Ministerium bzgl. der Weiterführung des Förderprogramms gehabt. Nach Auskunft des Ministeriums sei im Januar möglicherweise mit einer Fortschreibung zu rechnen. Wenn dies der Fall sein wird, werde man einen entsprechenden Antrag stellen.

Bürgermeister Marc Venten ergänzt, dass man noch nicht in der Lage sei einen Antrag zu stellen. Sobald es möglich ist, werde man sich bewerben.

Auf Nachfrage des Bürgermeisters Marc Venten stellt das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) den Antrag zurück.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich, warum man für das Feuerwehrrätehaus in Kleinenbroich keinen Förderantrag stelle, was Bürgermeister Marc Venten damit erklärt, dass der Bau in Kleinenbroich bereits begonnen worden sei und für einen Förderantrag der Bau noch nicht gestartet sein dürfe. Darüber hinaus sei eine Förderung nur für Ortsteile bis 10.000 Einwohner möglich, Kleinenbroich habe jedoch mehr Einwohner.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) entgegnet, dass für Korschenbroich insgesamt eine Förderung möglich wäre, woraufhin Bürgermeister Marc Venten zusichert dies zu prüfen und noch einen Antrag für Kleinenbroich zu stellen, wenn dies möglich ist.

6. Lagebericht zum Haushalt 2020

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert, dass in analoger Anwendung der Erlasse der obersten Finanzbehörden zu den gewerbsteuerlichen Maßnahmen etwa 100 Anträge auf Herabsetzung der Vorauszahlungen der Gewerbesteuer vorlägen. 900.000 € seien abgesetzt und 780.000 € gestundet worden. Insgesamt, einschließlich der Vorauszahlungsbescheide, die man direkt vom Finanzamt bekommen habe, habe man die Gewerbesteuererträge um 2,6 Mio. € herabgesetzt. Die Anteile an Einkommens- und Umsatzsteuer verringerten sich wahrscheinlich für das Jahr 2020, allerdings habe man hier noch keine konkreten Erkenntnisse. Kürzlich habe man die Steuerschätzung für das Jahr 2021 erhalten, welche allerdings noch nicht auf das Land NRW heruntergebrochen sei. Der Städte- und Gemeindebund NRW schätze, dass hier erhebliche Belastungen im nächsten Jahr auf die Kommunen zukämen; so würden 7,2 Mrd. € weniger für die Kommunen zur Verfügung stehen. Vom Land seien allerdings erhebliche Erleichterungen angekündigt. Die coronabedingten Verschlechterungen und Veränderungen werde man in einer Nebenrechnung zum Haushalt aufführen können, sodass der Haushalt in diesem Jahr weiter als ausgeglichen gelte. Als Stärkungspaktkommune unterliege man einer besonderen Erleichterung: Man müsse weniger Berichte anfertigen und die Haushaltsziele gelten schon jetzt als eingehalten, sodass man als Folge die Konsolidierungshilfe im Herbst ausgezahlt bekomme. Es dürfe keine Haushaltssperre verhängt werden, so seien die Rechte des Rates ein wenig eingeschränkt. Man werde in keinen Liquiditätssengpass hereinkommen. Der Haushalt sehe bereits

eine Ermächtigung vor von bis zu 60 Mio. €, die man an Krediten aufnehmen könne, was man derzeit jedoch nicht müsse. Zusätzlich habe man 40 Mio. € Kassenkredite und 11 Mio. € auf den Konten als Liquidität, sodass man weit entfernt davon sei, die 60 Mio. € in Anspruch zu müssen. Zurzeit entstehe noch einen Mehraufwand für Desinfektionsmittel und Schutzausrüstungen. Weiterhin habe man weniger Beiträge aus dem OGS-Bereich und Benutzungsgebühren z.B. im Schwimmbad. Diese ganzen finanziellen Auswirkungen beliefen sich zurzeit auf 320.000 €. Dies sei vergleichsweise noch gering. Diesen Betrag können man in einer Nebenrechnung bilanziell aus dem Haushalt herausbuchen und über 50 Jahre lang abschreiben.

Bürgermeister Marc Venten ergänzt, dass überall eine schwierige Lage herrsche, daher sein eine Prognose schwierig. Aus seiner Sicht sei Deutschland insgesamt aber gut gewappnet um die Krise zu überstehen.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) erkundigt sich, ob es trotz Steuerminder-einnahmen zum Ausgleich Gelder vom Land gebe.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert, dass es eventuell Gelder geben werde, allerdings nicht in gleicher Höhe. Als Stärkungspaktkommune gebe es die Möglichkeit, Haushaltsverschlechterungen aufgrund der Coronakrise in einer Nebenrechnung zum Haushalt darzustellen und über 50 Jahre abzuschreiben. Die Verschlechterung werde somit fiktiv aus dem Haushalt herausgerechnet. Der genaue Ablauf sei jedoch noch offen.

Bürgermeister Marc Venten ergänzt, dass ein unausgeglichener Haushalt einen Verstoß gegen den Stärkungspakt darstelle. Durch diese Fiktion erreiche man das Ziel des Haushaltsausgleiches, sodass man keine Sanktionen der Bezirksregierung zu befürchten habe.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) bittet um die Zusendung einer Aufstellung der Mehr- und Minderausgaben bedingt durch die Coronakrise bis zum 25.06.2020 um diese in den Fraktionen vor der nächsten Rats- bzw. Hauptausschusssitzung beraten zu können.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers sichert zu, einen entsprechenden Bericht sowie eine erste Einschätzung der Niederschrift der Sitzung beizufügen.

Der Bericht ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Das Ausschussmitglied Peter-Josef Fels erkundigt sich nach der Höhe der Gesamtsumme, welche der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers mit 3 Mio. € beziffert.

7. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW vom 30.03.2020

Bürgermeister Marc Venten erläutert die Sitzungsvorlage.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) erläutert, dass dies bereits im Ältestenrat vorbesprochen sei und sich alle einverstanden erklärt hätten. Der Sitzungsvorlage sei eine finanzielle Auswirkung in Höhe von 16.000 € zu entnehmen. Dabei handele es sich laut Vorlage auf eine vorläufige Festsetzung. Er erkundigt sich daher, womit tatsächlich zu rechnen und warum die Festsetzung nur vorläufig sei.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert, dass die Aussetzung der Elternbeiträge bisher zunächst nur für den Monat April beschlossen worden sei. Ein entsprechender Beschluss für den Monat Mai sei unter Tagesordnungspunkt II./ 8. vorgesehen. Damit erhöhe sich der Betrag entsprechend. Das Land NRW übernehme die Hälfte des Ausfalls.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass die Höhe der Elternbeiträge gehaltsabhängig sei und auch deswegen nur eine vorläufige Summe ermittelt werden könne.

Das Ausschussmitglied Berns Makowiack (ULLi/Zentrum fragt nach, ob das Land NRW immer die Hälfte des Ausfalls übernehme, egal in welcher Höhe, was Bürgermeister Marc Venten bejaht.

Beschluss-Nr. IX/1325

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich genehmigt gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 an Stelle des Rates der Stadt Korschenbroich die Dringlichkeitsentscheidung vom 30.03.2020 zur Aussetzung der Erhebung von Elternbeiträgen für den Bereich der Gebundenen und offenen Ganztagschulen.

Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

8. Verzicht auf Elternbeiträge für die Ganztagsbetreuung an Schulen für den Monat Mai 2020 aufgrund der Coronakrise

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass es sich hier um den gleichen Beschluss wie für den Monat April handele, mit dem Unterschied, dass nun eine reguläre Abstimmung vorgenommen werden könne. Auch hier würden die Kosten zwischen dem Land NRW und der Stadt Korschenbroich aufgeteilt.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich, ob Kontakt zu den Elterninitiativen bestehe und bekannt sei, wie diese finanziell zurecht kommen.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass der Beitragsausfall durch Kommune und Land ausgeglichen werde. Die Situation habe sich für die Trägervereine daher nicht verändert. Er sichert dennoch zu, sich bei den Vereinen nach deren Situation zu erkundigen.

Beschluss-Nr. IX/1327

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschließt gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 an Stelle des Rates der Stadt Korschenbroich:

Die Stadt Korschenbroich setzt die Erhebung von Elternbeiträgen auf Grundlage der örtlichen Satzung für die Inanspruchnahme von Angeboten gemäß § 9 SchulG in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 23.12.2010 „Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I“ (BASS 12-63 Nr. 2).

Im und für den Zeitraum vom 01. bis 31. Mai 2020 aus. Dies geschieht unabhängig davon, ob in diesem Zeitraum eine Betreuung in Anspruch genommen wird.

Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

9. Vorlage der Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2020

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Sitzungsvorlage.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) stellt fest, dass fast 12 Mio. € übertragen werden sollen, was den neuen Haushalt belastet und den alten entlastet. Er erkundigt sich, warum das sein müsse. Darüber hinaus möchte er wissen, was im Ergebnisplan unter der Position „externe Dienstleistungen Hundesteuer“ zu verstehen sei.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass es sich bei den 11,93 Mio. € um Investitionen handle, die aufgeschoben und teilweise bereits begonnen worden seien. Daher belasteten diese Übertragungen den Haushalt nicht direkt, sondern nur über die Abschreibungen. Auch im Ergebnisplan sei eine Belastung zu verzeichnen, diese betrage jedoch nur 150.000 €. Die Mittelübertragung sei notwendig, da die Umsetzung bisher nicht möglich gewesen sei.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers ergänzt, dass unter die Position „externe Dienstleistungen Hundesteuer“ eine Hundebestandsaufnahme durch einen externen Dienstleister falle. Da man selbst nicht genug Personal hierfür habe, wolle man sich eines externen Dienstleisters bedienen. Dieses Jahr sei die Durchführung aufgrund der Coronakrise jedoch nicht möglich. Es handle sich um 20.000 €, die im Haushalt enthalten seien. Diese werde man aufgrund der Situation nicht in Anspruch nehmen und verfallen lassen. Die Information, was genau unter die Position „externe Dienstleistung Organisation“ falle, werde er nachreichen.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90 / Die Grünen) erkundigt sich nach der Position Stadtmodell in Bronze im Ergebnisplan. Hier gebe es einen Eigenanteil. Wenn es ein Eigenanteil gebe, hieße dies, dass die Stadt diese Modell erstelle. Er fragt, ob es sich dann nicht um ein Investitionsobjekt, welches als Investitionsmaßnahme auf der andern Liste zu führen sei, handle.

Bürgermeister Marc Venten verneint dies und erläutert, dass sich der Eigenanteil nur auf 10 % der Kosten belaufe. Es sei Bestandteil eines Landesförderprogrammes, dem sog. „Heimat-Fonds“. Die Hälfte der Kosten müssten über Spenden oder Beiträge Dritter reingeholt werden, 40 % trage Land NRW. Finanziert worden sei der Eigenanteil von 10 % durch Einsparungen im Bereich des Kulturbudgets. Man habe diesen Punkt übertragen, weil der Förderbescheid schon vorliege und das Modell schon im letzten Jahr in Auftrag gegeben worden sei. Allerdings habe es Verzögerungen gegeben. Daher müsse man nun die Finanzierung sicherstellen. Es handle sich um einen Zuschuss einer Maßnahme des Vereins „Korschenbroich Meine Heimat“. Den Verein bezuschusse man für diese Maßnahme mit diesen 2.500 €, daher sei es nicht investiv, sondern konsumtiv zu veranschlagen.

Das Ausschussmitglied Peter-Josef Fels (SPD) erklärt, dass er mit der Übertragung ein Problem habe. Als Beispiel nennt er das Feuerwehrhaus Kleinenbroich mit 2,5 Mio. €, wo man aber nun wisse, dass sich dieser Betrag fast verdoppele. Weiter stellt er fest, dass der neue Rat verpflichtet sei, sich über die Investitionen, die in den Ermächtigungsübertragungen enthalten seien, Gedanken zu machen, da es sich nicht mehr um reale Kosten handle. Es handle sich um Investitionen, die noch nicht durchgeführt seien. Er regt an zu bedenken, dass durch Corona ohnehin 3 Mio. € nach einer ersten Schätzung für das Jahr 2020 fehlten. Er gibt zu bedenken, dass die Anteile an der Umsatzsteuer bspw. Geringer ausfallen würden. Zusätzlich verursachten die Investitionen auch laufende Kosten, z.B. im Bereich Kreditaufnahme. Diese sei zurzeit zwar nicht hoch, aber er verlange vom neuen Rat, dass er sich über diese Übertragungen wirklich Gedanken macht und ernsthaft prüft, ob die Stadt Korschenbroich sich das leisten könne. Auch alle privaten Haushalte müssten sich Gedanken machen, ob man mit seinem Geld auskomme. Dies komme ihm viel zu kurz in den Besprechungen und Erläuterungen. Dieses finanzielle Problem, welches auf die Stadt zukomme, müsse ernst genommen werden. Abschließend appelliert er an

den neuen und den jetzigen Rat, sich Gedanken und machen und nur vernünftige Übertragungen vorzunehmen. Er hält es für fraglich, ob man sich diese Übertragungen leisten könne.

Der Beigeordnete Thomas Dückers erklärt, dass es sich beim Betrag für das Feuerwehrgerätehaus in Kleinenbroich lediglich um die Summe, die im letzte Jahr dafür bereitgestanden habe, handele. Hinzu kämen die anfallenden Mehrkosten. Zudem habe er keinen Zweifel an der Sinnhaftigkeit bereits begonnener Maßnahmen, woraufhin das Ausschussmitglied Peter-Josef Fels (SPD) richtigstellt, dass er sich nur noch nicht begonnene Maßnahmen beziehe. Er wolle das Feuerwehrhaus, er habe dafür abgestimmt. Es handele sich dennoch nicht um richtige Zahlen, die in der Ermächtigung stünden.

Der Beigeordnete Thomas Dückers entgegnet, dass es die anderes sehe und er soeben erläutert habe, dass es sich um richtige Zahlen handele. Es handele sich um die Ansätze, die man zum letzten Haushaltsjahr beschlossen habe. Hinzu kämen noch Kosten für Mehraufwand.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass formal nur das übertragen werden könne, was im letzten Haushaltsjahr angesetzt war. Es werde nur darüber abgestimmt, dass die Ermächtigungen, die der Rat der Verwaltung gegeben hat, um die vom Rat beschlossenen Investitionen zu tätigen, auf das Jahr 2020 übertragen werden sollen. Dies sei das gleiche Vorgehen wie jedes Jahr. Er könne den Einwand nicht nachvollziehen. Die Auffassung, dass jede Investition vor dem Hintergrund der Krise hinterfragt werden müsse, sei richtig. Allerdings könne aufgrund einer Gesetzesänderung keine Haushaltssperre durch den Rat verhängt werden. Um zu verhindern, dass alle öffentlichen Auftraggeber aufhören zu investieren und die Wirtschaft aufrechtzuerhalten.

Der Beigeordnete Thomas Dückers erklärt, dass unter „externe Dienstleistungen Organisation“ eine Organisationsuntersuchung eines konkreten Amtes sowie eine Studie zum mobilen Arbeiten fallen.

Das Ausschussmitglied Peter-Josef Fels (SPD) stellt richtig, dass ihm klar sei, dass Mittel von 2019 übertragen werden müssten. Die Kommunen seien das Fundament für den Staat. Trotzdem dürfe die Stadt nicht mit Beträgen, die nicht getragen werden können, überlastet werden. Hier habe man aneinander vorbeigeredet. Man müsse sensibler an Ausgaben herangehen, da man sich am Geld der Bürger bediene. Er appelliert, Ausgaben mehr zu hinterfragen, da dies im Rat zu wenig geschehe. Er würde gerne die Meinung anderer Ausschussmitglieder, die sich hierzu bisher nicht geäußert haben, kennen.

Bürgermeister Marc Venten entgegnet, dass seiner Meinung nach extrem viel darüber diskutiert werde, was man sich erlauben kann und was nicht. Dies sehe man auch daran, dass man im Kreisgebiet zusammen mit der Stadt Jüchen die geringsten Pro-Kopf-Ausgaben. Man prüfe jeden Euro auf seine Notwendigkeit. Das man dies zu wenig mache, sehe er nicht so. Man habe ein großes Einnahmeproblem, unabhängig von Corona. Dies sei die Gewerbesteuer, was in der Vergangenheit dazu geführt habe, dass man sich nicht unerheblich verschulden müssen. Er nehme die anderen Kolleginnen und Kollegen des Rates in Schutz, dies habe jeder im Blick.

Beschluss-Nr. IX/1318

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich nimmt gemäß § 60 Abs. 1, Satz 2 anstelle des Rates die vorgelegten Übertragungen von Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen in das Haushaltsjahr 2020 mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan des Folgejahres gemäß § 22 Abs. 4 der Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO) zur Kenntnis und stimmt den Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2020 zu.

Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

10. Vorlage des Controllingberichtes der Stadt Korschenbroich zum 30.09.2019 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert, dass der Controllingbericht im Dezember 2019 der Bezirksregierung vorgelegt worden sei. Der Hauptausschuss im Januar 2020 sei ausgefallen. Mittlerweile liege der Jahresabschluss bereits vor, sodass sich die Vorlage des Controllingberichtes erübrigt habe.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowaick (ULLi/Zentrum) stellt fest, dass der Controllingbericht vom Stand Ende September 2019 ist. Er liest den letzten Absatz unter „E. Ausblick“ vor. Weiter erklärt er, dass die Fraktion ULLi/Zentrum immer gegen die Erhöhung der Grundsteuer B gewesen sei. Man habe seit Jahren davor gewarnt und die Verwaltung gebeten, die in der Öffentlichkeit darzustellen. Er wolle die Gelegenheit dazu nutzen, darauf hinzuweisen, was ab 2021 auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen werde.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass es nichts Neues sei. Dieser Umstand sei nicht verschwiegen und auch in Haushaltsreden thematisiert worden. Die Erhöhung der Steuer sei nur vorgesehen, wenn keine andere Möglichkeit zum Haushaltsausgleich gefunden werden könne. Mittelfristig habe man noch keine genauen Kenntnisse, daher bliebe hier nur die Möglichkeit der Steuererhöhung. In den letzten Jahren habe man den Haushaltsausgleich, bis auf einmal, immer ohne Erhöhung der Steuer erreichen können.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass dies auch im Haushaltssanierungsplan enthalten sei. Ein konkreter Ausblick auf künftige Jahre sei nicht möglich.

Beschluss-Nr. IX/1321

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich nimmt den Controllingbericht der Verwaltung zum 30.09.2019 zur Kenntnis.

11. Vorlage des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 nebst Anhang und Lagebericht gemäß § 95 GO NRW

Der Beigeordnete Thomas Dückers erklärt, dass ein Überschuss von 226.000 € geplant gewesen sei. Der tatsächliche Überschuss liege nun bei ca. 400.000 €. Die Vorgaben des Stärkungspaktes seien erfüllt, der Haushalt solide und tragfähig aufgestellt worden. Wie die weitere Entwicklung aussehe, bliebe abzuwarten.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) erläutert, dass der Haushalt und die Finanzen enorm wichtig seien. Hierzu gebe grundsätzlich immer viel zu sagen. Bei der Aufstellung des Haushaltes habe es immer negative Prognosen und Gegenstimmen gegeben. Oft entwickelten sich Dinge auch negativ. Allerdings gebe es auch Dinge, die sich positiv entwickelten. Hierfür danke er dem Beigeordneten Stadtkämmerer Thomas Dückers und dessen Team. Seit Jahren wirtschaftete man solide, so habe man bereits drei Mal ein positives Jahresergebnis verzeichnen können, acht Mal habe man besser abgeschlossen als geplant. Darüber hinaus gebe es keine großen Abweichungen von Plan und Ist-Ergebnis. Dies sei ein verdienter Erfolg. Nun habe es man mit einer gedrehten Situation, bedingt durch Corona, zu tun. Um weiterhin Konsolidierungserfolge verzeichnen zu können, müssten Lösungen gefunden werden.

12. Finanzierung der Mehrkosten im Bundesprogramm. Hier: Kleinspielfelder und Sanierung Außenanlage Hallenbad

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Sitzungsvorlage.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass die Mehrkosten ärgerlich seien. Die Böden seien schlecht. Der Antrag habe seinerzeit schnell und ohne vorheriges Bodengutachten gestellt werden müssen. Der Boden sei nicht tragfähig. Auf Dauer seien Setzrisse möglich. Für die Umsetzung der Maßnahme würden entsprechende Einsparungen geplant. Alternativ könne eine Maßnahme gestrichen werden. Dies sei seitens der Verwaltung allerdings nicht die favorisierte Möglichkeit. Für das Hallenbad werde eine gesonderte Wasseraufbereitung installiert, hier sei eine 10%ige Preissteigerung zu erwarten.

Für das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) stellten steigende Baukosten keine Überraschung dar; diese Erfahrung habe man in den letzten Jahren gemacht. Nun müsse die Entscheidung getroffen werden, ob man diese Mehrkosten in Kauf nehme oder nicht. Hier habe man nicht fahrlässig geplant. Bei einem schnellen Antrag könne man nicht alles einplanen. Die Bodenbeschaffenheit sei nicht absehbar gewesen. Die Mehrkosten seien nicht schön, aber es gebe nachvollziehbare Gründe dafür. Daher sollten die Projekte trotzdem umgesetzt werden. Man könne keinem Kind erklären, dass eine der Maßnahmen doch nicht umgesetzt werde. Er sei klar dafür. Zudem spricht er sich dafür aus, die beteiligten Vereine nicht zusätzlich zu belasten. Es handele sich für die Stadt Korschenbroich nur um eine geringe Belastung durch die Abschreibungen im Haushalt.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) meint, dass man nicht immer alles haben könne. Die Kleinspielfelder seien wichtig. Das Schwimmbad dagegen unsinnig. Daher werden man die Mehrkosten hierfür nicht mittragen. Insofern bitte er um eine nach Maßnahmen getrennte Abstimmung.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) stellt fest, dass es sich hier um ein Problem der schnellen Anträge handele. Die Kostensteigerung sei nicht schön, aber man müsse sich die Frage stellen, ob man die Projekte haben wolle. Die SPD wolle alle vier Maßnahmen. Sie seien für alle notwendig, da in Zukunft durch Corona mehr vor Ort unternommen werden müsse. Daher stimme die SPD den Mehrkosten zu.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowaick (ULLi/Zentrum) stellt fest, dass der Boden in Korschenbroich für Bauern gut sei, zum Bebauen aber nicht. Er erkundigt sich, ob die beteiligten Architekten auf die Bodenbeschaffenheit hingewiesen oder danach gefragt hätten. Eventuell könne gegenüber den Architekten Schadensersatz in Höhe von 50 % geltend gemacht werden.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass der Boden nicht überall in Korschenbroich nicht tragfähig sei. An anderen Stellen sei dies kein Problem. Er halte die Standorte für alternativlos. Die schlechte Bodenbeschaffenheit habe nicht vorhergesehen werden können. Es handele sich bei Architektenhonoraren immer um eine unverbindliche Kostenschätzung. Die Frist zur Antragsstellung hätte nicht eingehalten werden können, wenn vorher ein Bodengutachten erstellt worden wäre.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) stellt fest, dass zahlreiche Förderprogramme aufgelegt werden und Korschenbroich oft davon profitiere. Es handele sich um einen riesen Glücksfall, dass viel gemacht werden konnte, was sonst nicht möglich gewesen sei. Allerdings gebe es die Förderungen nicht zum Nulltarif; in der Regel sei ein Eigenanteil von 10 % zu leisten gewesen. So etwas lasse sich leicht kompensieren. Die Umsetzung aller vier Projekte sei wünschenswert. Ursprünglich seien 1,8 Mio. € Kosten und 90 % Zuschuss vereinbart wor-

den. So sei ein Eigenanteil von 180.000 € geplant gewesen. Sie finde, das Bodengutachten sei ein wesentlicher Bestandteil. Entgegen der Darstellung der Verwaltung sei ein Fehler gemacht worden. Möglicherweise habe man einfach darauf gehofft, dass die Mehrkosten, von denen man gewusst habe, dass sie entstehen, von den Mehrheitsfraktionen bewilligt werden. Die Mehrkosten beliefen sich nun auf 700.000 €, so dass 900.000 €, fast 40 % der gesamten Fördersumme, von der Stadt bezahlt werden müssten. Aufgrund des ohnehin seit Jahren fragilen Haushaltsergebnisses und der zu erwartenden geringen Steuereinnahmen aufgrund des Corona-Lockdowns sehe sie dies kritisch. Für die FDP-Fraktion sei es in der jetzigen Situation untragbar und verantwortungslos diese Maßnahmen weiter so fortzuführen. Da man jedoch nicht ganz auf die Maßnahmen verzichten wolle, solle die Verwaltung einen Bericht darüber, was mit den Fördermitteln noch machbar wäre, ohne Mehrkosten zu verursachen, vorlegen.

Bürgermeister Marc Venten entgegnet, dass der Ausschuss die Kostenkalkulation für die einzelnen Maßnahmen kenne. Daher müsse jeder selbst ausrechnen und entscheiden, worauf man verzichten möchte. Er weist darauf hin, dass der Sportstättenentwicklungsplan mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2020 erst mit diesen Förderprogrammen verwirklicht werden könne. Mittlerweile habe man innerhalb von fünf Jahren fast den gesamten mind. 20 Jahre alten Plan abgearbeitet. Man habe nun mit Hilfe der Bundesmittel die einmalige Chance, diese Maßnahmen zu verwirklichen. Er gibt zu bedenken, dass man in Zukunft so schnell wahrscheinlich keinen Zuschlag mehr für ein Förderprogramm erhalten werde, insbesondere wenn man nun die Maßnahmen abspecken würde. Weiter weist er darauf hin, dass 60 % der Kosten immer noch durch den Bund finanziert würden. Sehr viele Kommunen hätten sich auf dieses Programm beworben und nur wenige erhielten einen Zuschlag. Wäre Korschenbroich nicht im Stärkungspakt, müsste man 55 % der Kosten übernehmen. Es sei fraglich, ob man sich zu diesen Konditionen beworben hätte. Er plädiert dafür, den Zuschuss mitzunehmen.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) halte es für misslich, dass diese Fehlschätzung erfolgte, da man die Umsetzung dieser Maßnahmen aus dem Sportstättenentwicklungsplan mit dem Ziel am Bundesprogramm teilzunehmen, vorgezogen habe. Sonst hätte man diese Mittel an anderer Stelle, wo sie dringend nötig sind, wie bspw. im Straßenbau, eingesetzt. Daher sei diese Kostensteigerung tragisch. Darüber hinaus sei so etwas nicht das erste Mal passiert. Er gibt zu bedenken, dass die Übergabe des Bescheides im EU-Wahlkampf des letzten Jahres erfolgte und heute eine Art Zwischenabrechnung erfolge.

Bürgermeister Marc Venten entgegnet, dass der Bescheid unabhängig vom EU-Wahlkampf gewesen sei. Er stimmt zu, dass es viele andere Stellen gebe, die Mittel benötigten, allerdings gebe es keine Zuschüsse oder Förderprogramme dafür. Er betont erneut, dass weit über die Hälfte der Mittel von der Bundesrepublik Deutschland kämen und nicht selbst aufgebracht werden müssten. Die Kostensteigerung sei ärgerlich, aber aus den genannten Gründen nicht absehbar gewesen. Es müsse nun eine Entscheidung darüber getroffen werden, ob das Programm fortgeführt, reduziert oder gestoppt werden soll. Er halte die Zuschüsse für eine riesige Chance, die nicht einfach weggeben werden sollte. Zum Vorschlag der Fraktion Die Aktive, das Außengelände des Hallenbades nicht umzubauen, prognostiziert er, dass der Umbau dann gar nicht erfolgen werde, weil die Kosten dann komplett durch die Stadt finanziert werden müssten.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) betont, dass die Mehrkosten nicht getragen werden müssten. Daher habe Sie die Frage gestellt, was ohne Mehrkosten mit dem Förderprogramm realisierbar sei. Wenn man den Zuschuss nur bekommt, wenn die Außenanlage des Hallenbades umgebaut wird, müsse man auch auf ein Kleinspielfeld verzichten.

Bürgermeister Marc Venten bittet daraufhin um einen konkreten Vorschlag darüber, welche Maßnahmen nach Meinung der FDP-Fraktion abgesetzt werden sollten. Die Entscheidung darüber, in welchem Stadtteil kein Kleinspielfeld gebaut werden soll, halte er für schwierig.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dücker ergänzt, dass bei einer Entscheidung gegen die Kleinspielfelder, das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) bitte den Eltern und Vereinen erklären möge, warum doch kein Geld dafür zur Verfügung stehe.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) erklärt, dass enorme Kosten auf die Stadt zukämen, durch die Coronakrise und zusätzlich durch diese Fördermaßnahmen. Daher plädiere sie dafür eine Maßnahme zu schieben, woraufhin Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass dies nicht möglich sei, weil es für die Förderung einen vorgeschriebenen Realisierungszeitraum gebe. Es müsse daher zeitnah entschieden werden, welche Maßnahme nicht realisiert werden soll.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) bemerkt, dass der Sachverhalt in der Sitzungsvorlage genau dargestellt sei. Wenn man die Mehrkosten nicht mittragen will, gebe es rein rechnerisch nur die Möglichkeit auf das Kleinspielfeld in Glehn oder die Außenanlage des Hallenbades zu verzichten. Hier müsse eine Entscheidung getroffen werden. Die CDU-Fraktion sei bereit die Mehrkosten mitzutragen und alle vier Maßnahmen durchzuführen.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) spricht der Fraktion Die Aktive ein Lob aus, da sich diese auf einen klaren Standpunkt gestellt habe. Dies erwarte er auch von der FDP-Fraktion. Sie müsse konkret benennen, wo aus ihrer Sicht gespart werden soll.

Das Ausschussmitglied Peter-Josef Fels (SPD) fügt hinzu, dass die Coronazeit gezeigt haben sollte, wie viel einem die Kinder wert sind. Bewegung sei für Kinder alles. Die SPD werde sich immer für die Kinder einsetzen, da diese ihre Stimme nicht selbst abgeben könnten. Bezüglich der Aussage über die Abschreibungsdauer des Bodenaustausches von 50 Jahren des Ausschussmitglieds Thomas Siegers (CDU) erklärt er, dass dieser Bodenaustausch zu, Grund und Boden gehöre und damit nicht abschreibungsfähig sei. Daher werde es keinen Verlust geben.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich nach der Validität der Zahlen und fragt, ob bereits Ausschreibungen stattgefunden hätten und es einen Auftragnehmer gebe, der die Maßnahmen für diese Kosten umsetzen könne, oder ob noch weitere Kostensteigerungen möglich seien.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers antwortet, dass bisher nur der Planer beauftragt sei. Weiter Ausschreibungen habe es noch nicht gegeben. Zurzeit befinde man sich noch in der Vorplanung.

Das Ausschussmitglied Klaus-Peter Schöttke (CDU) merkt an, dass die Umsetzung der Maßnahmen ohne den Zuschuss in den nächsten Jahren finanziell nicht möglich sei. Mit Blick auf die Kinder solle man den Plan durchziehen, auch wenn es weh tue.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) erkundigt sich, wie viel der Mehrkosten von 478.000 € für die Kleinspielfelder auf jedes einzelne entfalle. 10 % von 800.000 € seien 80.000 €. 478.000 € zusätzlich ergebe knapp 560.000 €. Von 800.000 € seien dies 70 % mehr.

Der Beigeordnete Thomas Dückers weist darauf hin, dass in der Anlage zur Sitzungsvorlage die Aufstellung der ursprünglichen Kostenkalkulation und die jetzigen Mehrkosten pro Maßnahme zu finden seien.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) bittet um eine nach Maßnahmen getrennte Abstimmung, um der FDP-Fraktion die Chance zu geben, sich klar zu positionieren.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich, ob die 50.000 € Extrakosten, die nicht in den 698.000 € enthalten seien, noch dazu kommen, was Bürgermeister Marc Venten verneint. Diese seien bereits enthalten.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers fügt hinzu, dass es sich dabei um zusätzliche Planungskosten handele. Mit den Baukosten stiegen auch die Planungskosten.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) erkundigt sich, ob mit dem Verzicht auf das Außengelände des Hallenbades die gesamte Fördersumme wegfalle, woraufhin Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass man dann auf die 900.000 € Zuschuss für das Hallenbad verzichten und 320.150 € sparen würde. Daraufhin erklärt das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP), dass die FDP-Fraktion auf das Außengelände des Hallenbades verzichten wolle.

Bürgermeister Marc Venten stellt fest, dass keine Einzelabstimmung erforderlich sei, da die FDP-Fraktion sich nun festgelegt habe. Daher schlägt er vor, über den ursprünglichen Beschlussvorschlag abstimmen zu lassen, da dieser der weitestgehend sei. Er stellt klar, dass mit dem Beschluss das Geld nicht bereitgestellt werde. Es werde lediglich entschieden, ob die Planung fortgeführt werden kann.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) weist darauf hin, dass zwei Beschlüsse gefasst werden müssten; über die drei Kleinspielfelder getrennt vom Außengelände des Hallenbades, woraufhin Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass zunächst nur über den weitestgehenden Vorschlag abgestimmt werde. Sofern dieser eine Mehrheit fände, müsse über den anderen Antrag nicht mehr abgestimmt werden.

Beschluss-Nr. IX/1328

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich nimmt die Kostensteigerungen für die Errichtung von drei Kleinspielfeldern und für die Sanierung der Außenanlage des Hallenbades in Höhe von voraussichtlich 478.110 € (Kleinspielfelder) + 220.150 € (Hallenbad) = 698.260 € zur Kenntnis und beschließt gegen die Stimmen der Ratsfraktion Die Aktive und der FDP-Ratsfraktion die Maßnahmen entsprechend der ursprünglichen Planung fortzuführen.

Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür
 3 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Im Anschluss an die Abstimmung stellt Bürgermeister Marc Venten fest, dass über den anderen Antrag nicht mehr abgestimmt werden müsse, da der Vorschlag mit Mehrheit angenommen worden sei.

13. Mitteilungen

a) Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers teilt mit, dass die Coronaschutzverordnung Veranstaltungen bis zum 31.08.2020 untersage. Daher sei der Seniorennachmittag bereits jetzt abgesagt.

Bürgermeister Marc Venten ergänzt, dass die Absage bedauerlich aber die richtige Entscheidung sei.

- b) Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass die bisherigen Sachstände aus den Ämtern der Verwaltung verschickt worden seien. Diese werde man in SessionNet als Anlage zur Niederschrift der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

Der Sachstandsbericht ist dieser Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

14. Anfragen von Ausschussmitgliedern

- a) Das Ausschussmitglied Sabine Lufen (Grüne Realos) dankt der Verwaltung für ihr Engagement in den coronabedingten Zusatzaufgaben. Insbesondere habe sie viel Kontakt mit Frau Osmani und Frau Bössem und dankt ihnen für deren persönlichen Einsatz. Sie selbst als Unternehmerin habe regelmäßig tolle und aktuelle Infos von Frau Bössem erhalten. Ihr Dank richte sich auch an alle anderen.

Bürgermeister Marc Venten sichert zu, diesen Dank weiterzugeben und freue sich selbst über die wohlwollenden Worte.

- b) Das Ausschussmitglied Peter Berger (CDU) erklärt, dass er sich als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftsförderung gemeldet habe und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsförderung herausheben wolle. Man habe in dieser Krise den Kritikern gezeigt, dass man eine leistungsfähige Verwaltung und Wirtschaftsförderung habe.

Auch hier sichert Bürgermeister Marc Venten die Weiterleitung der lobenden Worte zu.

- c) Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, ob für die Sammelunterkünfte für Flüchtlinge, Saisonarbeiter der Landwirtschaft und Obdachlose Unterstützungsmaßnahmen getroffen oder Tests durchgeführt worden seien.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass es bisher keine positiven Tests gebe, die angesprochenen Sammelunterkünfte allerdings auch nicht von der neuen Regelung flächendeckender Test umfasst seien. Dort gelte weiterhin die Regelung, dass kein anlassloser Test durchgeführt werde. Man werde sich die Unterkünfte in Absprache mit den jeweiligen Eigentümern ansehen. Bisher habe man jedoch keinen Hinweis auf Missstände.

- d) Das Ausschussmitglied Wolfgang Skiba (SPD) teilt mit, dass gehbehinderte Menschen nicht an das Mahnmal Korschenbroich herantreten könnten. Dieses Problem könne mit einer Rampe oder einem Handlauf behoben werden. Es sei wichtig, auch hinter das Mahnmal gelangen zu können.

Bürgermeister Marc Venten dankt für die Anregung. Er erläutert, dass sich das Mahnmal noch in seinem Originalzustand von nach dem ersten Weltkrieg befinde. Er sichert eine Prüfung der Möglichkeiten zu. Es stehe unter Denkmalschutz. Hilfen für gehbehinderte Menschen seien wichtig. Man werde prüfen, was sich dort mit überschaubaren Mitteln realisieren lasse.

Hiermit bestätige ich, dass diese digitale Ausfertigung der Niederschrift mit dem Original übereinstimmt.

gez.

Marc Venten
Bürgermeister